

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Herr Dr. G. G. G.
Verleger:
Herr G. G. G.
Druck:
Herr G. G. G.

Preis: 1.20 Mark. Bei Vorbestellung monatlich 1.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.00 Mark. Bei der Post bezahlt monatlich 1.20 Mark. Erscheinungstag: Freitag, den 11. Februar 1921. 16. Jahrgang.

Nr. 35.

Freitag, den 11. Februar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Eine schriftliche Einladung zur Sondoner Konferenz ist der deutschen Regierung durch den englischen Botschafter zugestellt worden.

Die Reichsregierung hat gegen die Bestrebungen der Saarregierungs-Kommission, das Saarland als staatsrechtlich selbständiges Gebiet zu behandeln, also staatsrechtlich vom Reich zu lösen, energisch Einspruch erhoben.

Die französische Kammer gab in einer Tagesordnung der Erwartung Ausdruck, daß die französische Regierung gegebenenfalls die entsprechenden Strafmaßnahmen gegen Deutschland zur Anwendung bringe.

Ein Funkpruch aus Warschau berichtet, daß der russisch-russische Friede gestern unterzeichnet worden ist.

Die Sitzung des Völkerbundesrates, die am 21. Februar in Genf eröffnet werden sollte, wird zu derselben Zeit in Paris stattfinden.

Die Einladung nach London und ihre Beantwortung.

Von der britischen Botschaft ist dem Berliner Auswärtigen Amte am 8. Februar folgende Note zugelangt:

Herrn Dr. Simons, Minister des Auswärtigen, Herr Minister!

Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz zu benachrichtigen, daß ich von E. M. Regierung Mitteilung erhalten habe, den Leiter der deutschen Regierung und seine Sachverständigen einzuladen, in London am 1. März mit Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Belgien an der Konferenz teilzunehmen, die in der Note von Herrn Briaud an den Präsidenten der deutschen Delegation vom 29. Januar angedeutet war. Ich soll weiter Ew. Excellenz ersuchen, die Güte zu haben, so schnell wie möglich die Namen der Delegierten und der Berater mitzutellen. Ich benutze die Gelegenheit usw. (ges.) D'Albion.

Darauf ist gestern vormittag durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes der großbritannischen Botschaft folgende vom 9. d. M. datierte Note an den britischen Botschafter Lord D'Albion zugestellt worden:

Herr Botschafter!

In Erwiderung Ihrer Note vom 8. d. M., Nr. 59, beehre ich mich, den Empfang der Einladung zu der Konferenz in London am 1. März d. J. zu bestätigen. Unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen der Konferenz sich auch auf die noch zu ermittelnden Vorschläge der deutschen Regierung erstrecken werden, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, bevollmächtigte Delegierte und sachverständige Berater, deren Namen so bald wie möglich angegeben werden sollen, zu der Konferenz zu entsenden. Ich benutze auch diesen Anlaß usw. (ges.) Dr. Simons.

Der Reichstagspräsident zur Londoner Konferenz.

Keine Regierungsbildung möglich.

In der Breslauer Volksstimme nimmt Reichstagspräsident Brüder zu den Londoner Verhandlungen über die Forderungen der Entente Stellung. Er behauptet, daß die Entwaffnungsforderungen, die in Spa bereits zugestanden waren, nicht schon von Deutschland selbst vollkommen durchgeführt worden sind. Bäume die bairische Reaktion sich gegen die von Simons zugesagte Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen auf, so gefährde sie nur die Sicherheit des Reiches und müsse von der Reichsregierung mit allen Friedensfreunden niedergewungen werden. Zur Forderung des milliardenschweren Kriegszuschusses erklärt Brüder, die Verpflichtung zur Zahlung von 226 Milliarden Goldmark und etwa 30 Milliarden Ausfuhrabgaben unterschreiben, siehe nicht nur wider Treu und Glauben, sondern gegen alle Vernunft eine Verpfändung einzuweisen, deren Unmöglichkeit sich beim ersten Zahlungstermin trotz offenkundiger Würde. Also wird die deutsche Regierung bei ihrem Nein bleiben müssen, auch wenn die feindlichen Mächte so gütig sein sollten, sich 50 oder 60 Milliarden abhandeln zu lassen, wozu sie jedoch nicht die geringste Bereitwilligkeit zeigen. Der Reichstagspräsident erörtert dann die Anschauung, daß vielleicht schon in den ersten Märztagen die Aussicht auf einen Ausweg verbaut sein könnte und die Alliierten ihre Drohungen wahrzumachen beginnen würden. Wird das Ruhrgebiet besetzt, so dürfte weder die Arbeitslosigkeit der Bergleute gehoben werden, noch die Qualität der Kohle sich bessern. Die Wirkungen verminderter Förderung würden nicht nur die Franzosen spüren. In Deutschland selbst würde das Heer der Arbeitslosen so wenig Steuern zahlen, wie die stillgelegten Betriebe, und die gemeinsamen Produktionskräfte würden allen Ausfuhrabgaben ein schnelles Ende machen. Welche politischen Entscheidungen dann noch oben kommen, läßt sich gar nicht absehen, eines nur ist sicher, weder eine Re-

gierung Bergt-Adendorff-Scherich, noch eine solche von Seyd-Aben-Abolf Hoffmann wäre gewillt, geschweige denn imstande, irgendwelche Zahlungen auf Frankreichs Ansprüche zu vollziehen. Ob aber die neuen Wirren, in die Deutschland gestürzt würde, auf unser Land beschränkt blieben, erscheint sehr unwahrscheinlich. Ein krankes Glied am großen europäischen Körper steht die anderen an, und halbinalbale Staaten liegen genug vor unseren Toren, die schnell vom Fieber ergriffen sein würden.

Bayerns Entscheidung.

Kein Nachgeben, aber Hochhalten der Reichseinheit.

Eine amtliche Mitteilung besagt: Die Berliner Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten vom 5. Februar gab in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen sowohl im Ministerrat wie im Schoße der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen stand die Forderung der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren Beibehaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden Anschauung aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bildet. Dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorge für den staatlichen Wiederaufbau bestimmt wird, kann auch durch die neue Lage nicht umgestoßen werden. Hierbei stand die Einheit des Reiches für alle Beteiligten außer Frage.

Das B. T. meldet aus München, daß die Verhandlungen der bairischen Koalitionsparteien über die angeforderte Note des bairischen Kabinetts an die Reichsregierung am Mittwoch in später Abendstunde zu einer grundsätzlichen Einigung geführt hätten. Die endgültige Formulierung der Note sollte gestern fertiggestellt werden. Die bairische Regierung werde in der Note zwar von ihrem Standpunkt über die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Behandlung der Pariser Beschlüsse nicht abgehen, werde sich aber in der Entwaffnungsfrage den Anordnungen, welche die Reichsregierung für notwendig hält und verfassungsmäßig verfügen wird, nicht widersetzen. Bayern sei gewillt, die schwere Last, welche der Frieden von Versailles dem auferlegt hat, gemeinsam mit den Vändern und dem Reiche zu tragen.

Entente-Maßnahmen gegen Bayern.

Ein Berliner Mittagblatt bringt eine Meldung aus Straßburg, wonach in einer Sitzung des Obersten Kriegsrates in Paris die Besetzung bairischer Städte in Aussicht genommen werden soll für den Fall, daß die Einwohnerwehren nicht restlos entwaffnet würden. In Berliner politischen Kreisen ist darüber noch nichts bekannt geworden. Man ist aber hier der Meinung, daß derartige Pläne der Entente immerhin in der Luft liegen, da die Londoner Presse schon vor einiger Zeit Maßnahmen gegen Bayern als Ersatz für die Besetzung des Ruhrgebietes vorgeschlagen hat.

Kein Verhandeln in der Entwaffnungsfrage.

Sabas meldet: Der deutschen Regierung ist am 9. d. Mts. eine Mitteilung zugegangen, wonach die Alliierten es ablehnen, in London über die Entwaffnungsfrage mit Deutschland nochmals zu verhandeln. Die Beratungen in London müßten sich ausschließlich auf die Wiedererstattungsfrage beschränken. Die Verzögerung der Entwaffnung über die letzten Fristen hinaus würde zu den bereits beschlossenen Maßnahmen gegen Deutschland führen.

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Pariser Diktats.

Auf der Sachverständigenkonferenz am Mittwoch ist von den wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse und den wirtschaftlichen Folgen für Deutschland viel gesprochen worden. Von unterrichteter Seite verläutet, daß insbesondere durch den Sachverständigen Rathenau in eindringlicher Weise betont wurde, daß es vor allem auf die Produktionskraft der deutschen Wirtschaft ankommt. Es genügt nicht, einen Produktionsgang aufzustellen, der nur von finanziellen Gesichtspunkten getragen ist. Wenn man überprüft, welche Überschüsse bei sparsamstem Eigenverbrauch aus der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt werden können, so bleibt nichts anderes übrig, als von der letzten Zahlungsbilanz auszugehen, die für 1918 vorliegt. Vergt man die Ziffern für den gesamten Handel zugrunde, so ergibt sich für 1918 eine Einfuhr von 12 Milliarden Goldmark (im folgenden ist immer von Goldmark die Rede) und eine Ausfuhr von fast 11 Milliarden, so daß ein Passivsaldo von etwa einer Milliarde Mark erscheint. Daß wir ein solches Passivsaldo unserer Handelsbilanz ertragen konnten, unsere Zahlungsbilanz aber nicht passiv, sondern aktiv war, kam daher, daß wir außer der Einfuhr eine Menge von Reserven besaßen und zwar aus dem im Auslande investierten deutschen Eigentum, aus dem Besitz von ausländischen Wertpapieren, aus den Leistungen der deutschen Schiffsahrt usw. All das verdrängt, kamen wir schließlich zu einer aktiven Zahlungsbilanz. Und um diese zu erreichen, waren im Jahre 1918, wie erwähnt, neben der Einfuhr noch über eine Milliarde Goldmark nötig.

Schätz man die deutsche Handelsbilanz für das Jahr 1920 vorsichtig und sachverständig mit etwa 8 Milliarden Einfuhr und höchstens 5 Milliarden Ausfuhr ein, so ergibt das ein Passivsaldo der Handelsbilanz von 3 Milliarden. Dieses Passivsaldo wird aber in der Zahlungsbilanz von 1920 nicht durch neue Aktivposten ausgeglichen, wie wir sie früher hatten, im Gegenteil, die Zahlungsbilanz von 1920 schließt mit einem noch stärkeren Passivsaldo als die Handelsbilanz, weil wir alle Werte verloren haben, die wir früher zum Ausgleich der Zahlungsbilanz bis zur Herstellung eines Aktivums heranziehen konnten. Denn die Liquidation des deutschen Eigentums im Auslande, der Abzug der Wertpapiere infolge des Kriege, die Verteilung unserer Flotte, die Abschließung von den Weltmächten, das alles hat eine Bilanzierung unmöglich gemacht. Eine starke Passivität der Zahlungsbilanz wird auch dadurch bewirkt werden, daß eine starke Ueberfrachtung unserer werdenden Anlagen im Inlande stattgefunden hat, so daß die Zahlungsbilanz Deutschlands im Jahre 1920 mit einem Passivsaldo von weit über 3 Milliarden Goldmark abschließen wird. Um unter diesen Voraussetzungen das Gleichgewicht zu erhalten, müßten wir demnach ein Mehreinkommen von 80 Milliarden Papiermark erzielen. Vielleicht könnte eine weitere Beschränkung der Einfuhr Platz greifen, aber die Alliierten selber drängen darauf, uns französischen Rotwein und französische Parfums, englische Zigaretten usw. zu verkaufen. Im Grunde genommen kommt man zu dem Resultat, daß wir die Einnahmequellen nicht vermehren und die Einfuhr nur wenig drosseln können. Erhöhte Ausfuhr aber ist nur durch Mehrproduktion möglich. Das bedeutet aber wieder neue Rohstoffeinfuhr und somit eine neue Belastung der Passivseite der Bilanz. Diese Steigerung ist durch die hohen Rohstoffpreise ziemlich groß, selbst wenn man annimmt, daß nur ein Viertel des Wertes des Ausfuhrgegenstandes in den eingefuhrten Rohstoffen zum Ausdruck kommt. So würde also ein Ausgleich der gegenwärtigen Zahlungsbilanz erst bei einer Verdoppelung unserer gesamten Ausfuhr möglich sein.

Kommt dann die Ausfuhrabgabe von 12 Prozent, so ist ein weiterer Ausfuhrüberschuß von 11 Milliarden erforderlich. Dabei sind die Annuitäten nicht berücksichtigt, die von 2 Milliarden auf 6 Milliarden steigen sollen. Bleibt man alle Faktoren in Rechnung, so müßte die Ausfuhr das dreifache des gegenwärtigen erreichen. Dabei sind die Besatzungsstaaten mit 0,25 Goldmilliarden und die Zahlungen nach dem Ausgleichsverfahren, die jährlich 0,75 Goldmilliarden erreichen dürften, nicht in Anschlag gebracht. Ob die Entente unsere Kohlenlieferungen in die Annuitäten einrechnen wird, davon hat man auch noch nichts gehört. Immerhin bleibt, daß wenigstens eine Verdreifachung der Ausfuhrleistung des besten Vorkriegsjahres 1913 notwendig wäre. Dabei haben wir landwirtschaftliche und industrielle Ueberschußgebiete durch den Versailler Vertrag verloren, so daß es uns ausgeschlossen erscheint, die Produktion in so kurzer Zeit so erheblich zu steigern, abgesehen davon, daß die Massenflut der deutschen Waren in den anderen Vändern neue schwere Krisen hervorrufen oder bestehende verschärfen müßte.

Eine aufsehenerregende Unterredung.

Kriegsgefahr zwischen England und Amerika?

Das Hauptthema der englischen Presse ist gegenwärtig der von amerikanischen Blättern aus London gebrachte Bericht über die Unterredung eines hohen Beamten des britischen Auswärtigen Amtes mit einem amerikanischen Journalisten in London, in welcher der englische Beamte davor gewarnt haben soll, daß sich das englische und das amerikanische Volk voneinander entfremden und erklärt haben soll: Wir gehen auf einem Wege, der zum Krieg führt. Dieser Bericht stammt von der Hearst-Presse und ist von der United Press in den Vereinigten Staaten verbreitet worden. Er hat dort beträchtliches Aufsehen erregt, er beruht jedoch, wie in amtlichen Dementis von den englischen Blättern mitgeteilt wird, auf einer falschen Darstellung der Tatsachen. Der von dem amerikanischen Berichterstatter erwähnte hohe Beamte war der britische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Sir Auckland Geddes, der in einer vertraulichen Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten in London die Frage der englisch-amerikanischen Beziehungen erörterte. Der Hauptzweck der Unterredung war, die Notwendigkeit eines engen Einvernehmens zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten zu betonen. Times melden, daß die Mitglieder der amerikanischen Botschafter in einer Sonderberufung die Frage ihrer zukünftigen Beziehungen zu den Vertretern der Hearst-Presse und der United Press erörtert haben. Daß Geddes meldet aus New York, daß das Staatsdepartement die amerikanische Botschaft in London beauftragt hat, beim Auswärtigen Amt in London Erkundigungen in der Angelegenheit einzuziehen. Sollte es sich bestätigen, daß Sir Auckland Geddes zu dem amerikanischen Berichterstatter von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Amerika und England gesprochen hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß dies auf seine Stellung bei der augenblicklichen amerikanischen Regierung nicht ohne